

Welthandel III

Doppelmoral

Von Daniel Ammann — Die Globalisierung könnte für die Dritte Welt zum Segen werden.

Eine Schweizer Kuh ist reich, reicher als jede Kuh der Welt. Täglich wird sie mit sechs Franken vom Steuerzahler subventioniert. Zum Vergleich: Jeder zweite Mensch hat weniger als drei Franken (zwei Dollar) pro Tag zur Verfügung. Wenn es darum geht, die Bauern zu hegen und zu pflegen, ist die Schweiz Weltmeisterin. Über sieben Milliarden Franken gab sie im Jahr 2001 direkt oder indirekt für die Landwirtschaft aus, um sie vor den Widrigkeiten des Weltmarktes zu schützen. Von 100 Franken, die ein hiesiger Bauer verdient, stammen 69 aus Subventionen, Preisstützungen, Absatzgarantien und der Abschottung gegen die Konkurrenz. Und trotzdem muss ein Schweizer Konsument für Fleisch und Gemüse, Früchte, Milch und Getreide im Schnitt mindestens doppelt so viel hinlegen wie sonst wo auf der Welt.

Die überteuerte Schweizer Landwirtschaft verdankt ihr Überleben hauptsächlich den Subventionen und den Schutzzöllen, die günstige Lebensmittel aus dem Ausland künstlich verteuern. 1700 landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland belegt die Agrarbürokratie mit Importsteuern – bei 300 Produkten beträgt der Zoll zwischen fünfzig und hundert Prozent des Warenwerts, bei 600 sogar über hundert Prozent. «Megatariffs» nennen das die Ökonomen, «extrem hohe Zölle, die wirksam alle Importe abhalten».

Neunmal höhere Zölle

Das ist der Sinn der Sache, und die Schweiz steht nicht alleine damit. Das Nachsehen haben, was die Landwirtschaft betrifft, zur Hauptsache die Entwicklungsländer. In dieser Branche, die viel Arbeit benötigt, aber mit wenig Kapital auskommt, könnten sie mit den Industrieländern nicht nur mithalten, sondern sie übertreffen, denn billige Arbeitskräfte gibt es in Afrika, Asien und Lateinamerika zuhauf.

Die Dritte Welt wäre konkurrenzfähig, würden sich die Märkte des Nordens nicht systematisch gegen sie abschotten. So betragen zwar die durchschnittlichen Einfuhrzölle der Industrieländer nur zwischen 4,3 Prozent (Japan) und 8,3 Prozent (Kanada). Doch Fleisch und Milch, Obst, Gemüse und Zucker aus Entwicklungsländern werden mit Zöllen von oft über 100 Prozent belastet. Für Bananen müssen Exporteure in

der EU zum Teil 180 Prozent Abgaben bezahlen, für geschälte Erdnüsse in den USA 132 Prozent, in Japan sogar 550 Prozent. «Einige der höchsten Zollansätze in den Industrieländern werden auf Produkte angewendet, die typischerweise von Entwicklungsländern exportiert werden», heisst es im Bericht «Global Economic Prospects» der Weltbank. Die Zölle der reichen Länder auf Agrarprodukte aus der Dritten Welt sind im Mittel neunmal höher als auf Industriewaren.

Geht es um ihren Vorteil, predigen die Industrienationen gerne den ungehinderten Freihandel. Könnte allerdings ein liberalisierter Markt ihre Wirtschaft etwas kosten, praktizieren sie lieber Protektionismus. «Heuchelei», schimpfte Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern in Richtung USA und EU. Die Schweiz darf sich mitgemeint fühlen. Sehr lange werden sie diese Doppelmoral nicht mehr aufrechterhalten können, denn bei den laufenden Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO), Doha-Runde genannt, ist die Liberalisierung des Agrarhandels bis 2005 eines der wichtigsten Themen. An der nächsten Ministerkonferenz, die am 10. September im mexikanischen Badeort Cancún beginnt, wollen sich die WTO-Mitglieder darüber einigen. Die USA und über

ein Dutzend andere (nichteuropäische) Produzentenländer wollen die Importzölle auf maximal einen Viertel ihres Wertes beschränken und die Exportsubventionen ganz streichen. Auch WTO-Verhandlungsleiter Stuart Harbinson schlägt vor, die Importzölle um 40 bis 60 Prozent und die Produktsubventionen um 60 Prozent zu reduzieren sowie die Exportverbilgungen völlig abzuschaffen. Die Schweiz gehört, weil sie um das Überleben ihrer Bauern fürchtet, zu den Bremsern bei den Verhandlungen.

60 Milliarden Mehrverdienst

Was immer bei der Welthandelsrunde im Agrardossier am Schluss herauskommt, etwas steht schon fest: Ausgerechnet die WTO in Genf, Lieblingsfeindin der Globalisierungsgegner, von ihnen oft als neokoloniales Instrument zur Ausbeutung der Dritten Welt angeprangert, dürfte für mehr Gerechtigkeit für die Entwicklungsländer sorgen. Die reichen Länder subventionieren ihre Landwirtschaft jedes Jahr mit 350 Milliarden Dollar, das ist siebenmal mehr als die weltweite Entwicklungshilfe. Wenn der Norden seine Handelsschranken beseitigte, würden die Bauern und Händler in der Dritten Welt 60 Milliarden Dollar mehr verdienen, zeigen Stu-

dien der Weltbank. «Die kleinen und die armen Länder haben nur ein Machtinstrument: das Recht. Darum ist die WTO so wichtig, sie schafft Regeln und Vorschriften», sagt Nicolas Imboden, einst Schweizer Delegierter für Handelsverträge im Seco und damit einer der kompetentesten Aussenhandelsexperten des Landes: «Stoppt man die WTO, geht der Liberalisierungskurs einfach ungeregelt weiter. Dann ist der Markt nicht fair, sondern brutal.»

Dass die WTO selbst gegen vermeintlich übermächtige Gegner zum Vorteil der Entwicklungsländer eingesetzt werden kann, zeigt Imboden derzeit zusammen mit Arthur Dunkel, dem Grand Old Man der Schweizer Aussenhandelspolitik und früheren Generaldirektor des WTO-Vorläufers Gatt. Die beiden Schweizer wehren sich für vier westafrikanische Baumwollproduzenten (Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad) gegen die drei grössten Handelsmächte der Welt; die USA, China und die Europäische Union. Was wie ein im Voraus verlorener Kampf aussieht, hat bei der Welthandelsorganisation reelle Chancen auf Erfolg. Imboden und Dunkel haben für die vier Länder einen Vorstoss ausgearbeitet, der die völlige Liberalisierung des Baumwoll-Weltmarktes verlangt. Mehr noch: Bis die Subventionen schrittweise

eliminiert sind, sollen die afrikanischen Baumwollproduzenten von den Handelsmächten entschädigt werden.

Denn die westafrikanischen Länder haben in den letzten Jahren bei der Baumwolle die meisten Handelsschranken abgebaut, staatliche Firmen weitgehend privatisiert sowie Importsteuern und Subventionen gestrichen, dass es jedem Liberalen warm ums Herz würde. Und trotzdem haben sie auf dem Weltmarkt keine Chancen, weil die USA, China und die EU ihre Baumwollfarmer subventionieren, als lebten wir noch in Zeiten des Merkantilismus. 3,7 Milliarden Dollar zahlen die Amerikaner (gegen 150 000 Dollar pro Farmer), 1,2 Milliarden Dollar die Chinesen und 700 Millionen die Europäer. Ohne diese Subventionen, haben Imboden und Dunkel ausgerechnet, könnten die afrikanischen Länder Baumwolle im Wert von 250 Millionen Dollar mehr exportieren, was ihren Bauern, Zulieferern und Händlern Mehreinnahmen von gegen einer Milliarde Dollar brächte.

Höheres Wirtschaftswachstum

Dass Entwicklungsländer von der Globalisierung spürbar profitieren, zeigt auch die breit angelegte Weltbank-Studie «Globalization, Growth and Poverty»: Den 24 Entwicklungsländern, die sich in den letzten zwanzig Jahren wirtschaftlich mehr öffneten, geht es heute wirtschaftlich und sozial besser als 48 anderen Entwicklungsländern. Die Globalisierer, zum Beispiel Uganda, Vietnam oder China, haben ein höheres Wirtschaftswachstum, eine hohe Lebenserwartung und ein besseres Bildungssystem. Auch die oft angeführte These, wonach die Globalisierung innerhalb und zwischen den Ländern die Ungleichheit vergrößere («Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher»), trifft laut dieser Studie nicht zu:

Die globalisierten Entwicklungsländer hatten nicht nur ein höheres Wirtschaftswachstum als die nichtglobalisierten, sondern sie schlugen auch die Industrienationen bei weitem. Und selbst das Einkommen des ärmsten Fünftels der Bevölkerung in diesen Ländern wuchs im gleichen Tempo wie die gesamte Wirtschaft. Die Dritte Welt braucht also nicht weniger Globalisierung, sondern mehr. Viel mehr.

Mehr zum Thema:

Global Economic Prospects 2001:
www.worldbank.org/prospects/gep2001
Globalization, Growth and Poverty:
Building an Inclusive World Economy:
www.worldbank.org/globalization